

Einladung zu kurzen Worten zur Unterbringungspolitik von Geflüchteten in Hannover

Wir möchten Sie einladen am 9.10.21 um 11:20 einige Worte zur Unterbringungspolitik von Geflüchteten in Hannover zu sprechen.

Hintergrund

Fluchtursachen sind vielfältig. Bei dem Versuch, ihr Leben zu retten, sterben täglich Menschen. Menschen, die es in ein EU-Land schaffen, erwartet dort nicht etwa ein geschützter und menschenwürdiger Lebensraum. Sie müssen in Zelt-Camps wie in Moria ausharren und werden in Deutschland in Anker-Zentren, Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften untergebracht, die eines gemeinsam haben: Es sind Lager! Lager drohen in Deutschland wie in Europa immer mehr zu Dauereinrichtungen und die dort Unterbrachten zu einer marginalisierten Gruppe werden.

Zu den ersten Aufgaben nach der Aufnahme von geflüchteten Menschen gehört die Sicherstellung einer menschenwürdigen Unterbringung. **Ziel der Stadt Hannover ist es, allen Menschen eine gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen (Lokaler Integrationsplan).** Durch eine Auflage müssen geflüchtete Menschen jedoch in Gemeinschaftsunterkünften leben. Es gibt dort oft keine Privatsphäre, keinen Schutz und keine Möglichkeit zur eigenständigen Organisation des Alltags oder zur Integration, sondern teils willkürliche Personen- und Zimmerkontrollen, zum Teil unter Anwendung von Gewalt durch Security-Personal. Schutzsuchende Menschen müssen dort mit der Angst leben, Flashbacks und das Entstehen neuer Traumata sind die Folge. Aktuelle Studien zeigen, dass insbesondere geflüchtete Frauen unter den Bedingungen in den Unterkünften leiden.

Viele Menschen sind gezwungen lange in einer Gemeinschaftsunterkunft zu wohnen, selbst wenn sie Bekannte oder Familie haben, bei denen sie leben könnten. **Es sollte im Interesse der Stadt Hannover liegen, Gemeinschaftsunterkünfte abzuschaffen bzw. die dortige Unterbringung auf ein Minimum zu reduzieren.** Wenn die, die Schutz suchen, ihn auch erhalten sollen, dann muss sich die Anerkennungs- und Unterbringungspolitik ändern. Dann muss Unterbringungspolitik für Geflüchtete zu Wohnungspolitik werden! Das Recht auf Wohnen ist ein Menschenrecht und gilt für alle Menschen.

Wir begrüßen, dass Hannover jetzt Menschen aus Afghanistan aufnimmt, die zunächst in einer Notunterkunft (Schulzentrum Ahlem) untergebracht werden.

Dies sollte endlich der Anlass sein, die Lagerpolitik zu ändern! **Wir fordern Sie auf endlich, Position gegen die Unterbringungspolitik zu beziehen, anstatt neue Lager zu errichten.** Schutzsuchende Menschen sollten in unserer Stadt nicht in Lagern leben müssen.

Am Samstag, den 9.10.2021 nehmen wir in Hannover an dem bundeweiten Aktionstag **#No LagerNoWhere! Bezahlbarer Wohnraum für Alle!** (<https://lager-watch.org/>) teil. Dazu werden wir uns um 11:00 Uhr am Neuen Rathaus treffen und dann durch die Innenstadt ziehen.

Wir wollen vor dem Neuen Rathaus unsere Forderungen an die politischen Verantwortlichen richten, und laden Sie ein diese entgegenzunehmen und einige Worte zu sprechen!

Mit freundlichen Grüßen

Solinet Hannover